

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 4. November 1905.

№ 128.

Gegen die Lebensmittelvertreiber!

„Die Statistik beweist, daß die Löhne der deutschen Arbeiter im letzten Steigen begriffen sind!“ Persönliche Erfahrung und vergleichende Studien aber widerlegen mit eherner Strenge dieses Zitat. Die Weisheit von den „gestiegenen Löhnen“ spukt besonders zu gewissen Zeiten, wenn es gilt, eine Däpierung der öffentlichen Meinung zugunsten der „Edelsten der Nation“ zu konstruieren.

Als die Sozialtarifvorlage vor drei Jahren, jene Kette lobernder Ungerechtigkeiten, von welcher mit Recht Dieckel sagte: „Kornzoll und Sozialreform passen zu einander wie die Faust aufs Auge“, den Reichstag beschäftigte, bis das Endprodukt in der geschichtlich unaussprechbaren Dezembernacht in Gestalt grauenhaft hoch zugedünnter Liebesgaben den „armen, notleidenden Agrariern“ in den Schoß fiel, um dereinst herausgemergelt zu werden aus dem Schweize der Arbeitsbienen, aus den Knochen der Arbeiterklasse, da ahnte wohl selbst der größte Feinsinn nicht, daß das deutsche Volk, vor allem die Arbeiterklasse, noch vor Inkrafttreten der neuen Bille (1. April 1906) in der infamsten Weise geschripft werden würde.

Im lieben deutschen Vaterlande verstehen es dessen arbeiterfreundliche Regierung und ihre parlamentarischen Handlanger aus dem H, um auch in sonst ganz normalen Zeiten aus der Masse riesenprofite zugunsten weniger herauszuholen. Um die heimische Viehzucht zu fördern, und das Volk zu schütten, wurden die Grenzen geschlossen, Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande in kniffligster Form unterbunden und erschwert, und die Fleischnot war damit dem deutschen Marke von Junkers Gnaden befehrt.

Um „wohlervogene Gründe“, um gute Ausreden waren die Herren „von und zu“ nicht verlegen: war doch „erkrankte“ und „verendete“ jegliches Kindvieh und alles Schweine, was da lebte außerhalb der deutschen Grenzpläße. Germanisiert durfte das Viehzeug auch nicht werden. Wäre aber auch schade gewesen; das ausländische Geizhitz hätte ohne jeden Zweifel, um mit Bismarck zu reden, die Masse verdorben. Und nun „an die Gewehr!“

Ein einziges Faktum, so bezeichnend und ein großes Licht werfend auf die kräftige Nahrung, die dem „gemeinen“ Manne geboten wird, übertrumpft alles Gerede, alles Geschrei über die zur Skalanität gewordene Fleischnot. Sage und schreibe: Auf den Kopf der Bevölkerung des geeinigten Vaterlandes entfällt pro Tag ein Viertelpfund Fleisch. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die allermeisten Viertelpfunde nicht auf dem Tische des Arbeiters serviert werden, sondern auf der Tafel der „besseren Leute“. Zwar fehlt es obendrein angeht der jammervollen Lage des Fleischmarktes nicht an leeren, fahlen Trostworten für den Arbeiter, der doch unendlich mehr Recht hat auf gute und kräftigende Nahrung als da irgend sonst jemand, der vielleicht nicht weiß, wie er den Tag totschlagen soll, oder das Gefühl des Hungers und der Sorgen nie durchkostet hat.

Auch die abgerittene, aber immer wieder von neuem erprobte Resignationsformel: „Na, das ist halt eine vorübergehende Erscheinung“, tritt wieder in die Arena. Der Balsam der „vorübergehenden Erscheinung“ wurde dem Verfasser dieses während des Kampfes für oder gegen den Sozialtarif seinerzeit in einer Versammlung in Rheinbach (Wahlkreis Bonn-Rheinbach) durch den Abgeordneten Spahn zur Beruhigung der zollgierigen Nerven empfohlen, als erster der Abgeordneten erklärte, daß es zum mindesten äußerst gewagt erscheine, hohe Lebensmittelpreise einzuführen zu einer Zeit, wo die Konjunktur tief gesunken und überall Arbeitslosigkeit herrsche. Diese Tatsachen waren nicht zu widerlegen, Herr Spahn aber fand Zuspruch bei der „vorübergehenden Erscheinung“!

Nach ist der Sozialtarif nicht in Wirksamkeit getreten, aber schon sendet das sich bald entladende schädigende Bollengewitter seine düsteren Vorboten, gleichsam den um bessere Existenzbedingungen ringenden Arbeiter aufmerkzaam machend, daß ein zu jähes Einsetzen der revolutionierenden Produkte jener Dezembernacht doch eine zu plötzlich fühlbare Depression innerhalb der wirtschaftlichen Lage heraufbeschwören könne.

In den Nummern 81 und 105 unsers Organs werden die Fleischnot und die gemeingefährlich gestiegenen Fleischpreise gebührend skizziert und mit Ziffern treffend belegt. Die interessanten Gegenüberstellungen sprechen mit Recht Bände Anlagematerials gegen die fleischwuchernden „Vollfreunde“ aus. 70 bis 80 Pf. für ein Pfündchen Kindfleisch mit Knochen, bis 85 bis 95 Pf. für Schweinefleisch — und erst Kalbfleisch! Von besseren Stücken ganz abgesehen. Ich danke, da vergeht einem fastlich der Appetit bei der Mahlzeit. Der Fleischgenuss soll wohl zum ausschließlichen Prädikat der „besseren“ Leute sich entwickeln! Zudem kostet hier im Industriegebiete bereits das Fleisch tuberkulöser oder sonstwie für minderwertig befundener Schlachttiere auf den „Freibänken“ 50 bis 60 Pf. pro Pfund, den gleichen Preis verlangt der Schlächter für bessere Stücke Pferdefleisch (Fillet oder Roastbeef), gewöhnliches vom Pferdchen kostet 40 bis 45 Pf. das Pfund. Schlachtkarnidel mittlern Gewichtes erzielen 2 bis 2,50 Mk. auf den Märkten. Wurst und Fische sind ebenfalls bedeutend im Preise gestiegen, nicht minder alle Sorten Gemüse (Kohl, Wirsing, Spinat usw.). Arbeiter, ist das nicht eine Sünde und Schande?

Sollen wir Arbeiter, die wir nun einmal zum Lebensunterhalt bestimmt sind, immerfort zusehen, wie uns das Fell über die Ohren gezogen wird, ist der deutsche Michel denn gar nicht hinter dem Ofen wegzuladen. Wir denken doch, denn einmal hört die Gemütslichkeit sicherlich auf und damit Schluss mit ihr. Jetzt brennt es einem unter den Füßen und bohe, ja die allerhöchste Zeit ist es, mit denjenigen politischen Parteien ein kräftig Wortlein zu sprechen, die sich als die personifizierten Hüter der Volks- (Arbeiter-)rechte gerieren. Hier sollen, angesichts der schmachvollen Fleischnot, die rückgratfesten Angehörigen des deutschen Volkes, welcher Partei sie auch angehören mögen, einmal mit offener Deutlichkeit zeigen, ob sie noch Märg und Mannesmut genug besitzen, einem osteleibigen Schweinezüchter die Zähne zu zeigen und selbstige und andere Leute gleichen Kalibers in der denkbar unverblümtesten Form wissen zu lassen, was das deutsche arbeitende Volk zurzeit empfindet und mit welcher gemischten Gefühls am Sonnabend, nachdem der nötige Lebensunterhalt für die Familie eingekauft ist, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ sich dem Arbeiter — paradiert.

Mit welcher dreist-rassinierten Intrigue haben die Agrarier es verstanden, die Einfuhr frischen Kindfleischs künstlich zu erschweren! Der Transport desselben nach Deutschland darf nicht etwa erfolgen in Vierten oder größeren Stücken, nein, nur der ganze Tierkörper mit einem Teile der inneren Organe gelangt zur Einführung. Die Einführung ist obendrein nur gestattet aus Desterreich (teilweise), Dänemark, Schweden und Holland. Diese Länder können aber selbst nur sehr wenig entbehren, im übrigen erschwert der umständliche Transport, weil es sich eben um ganze Tiere handelt, die Einfuhr logischerweise in hohem Grade, abgesehen vom Kostenpunkte. Genau so verhält es sich mit der Einfuhr frischen Schweinefleisches, und diese ist zu allem Überflusse nur aus Holland erlaubt.

Wir wollen uns nun nicht in die Einzelheiten verlieren, welche die Fleischzufuhr von außerdeutschen Ländern so sinnlos beschränken, trotzdem dieselben ein dankbares Studium in sich bergen, sondern beschränken uns auf die Folgeerscheinungen. Aus all den seit 1903 bei der Einführung des Fleischbeschaugesetzes hervorgetretenen Schädigungen der breiten Volksmasse sticht uns die unerlässliche Tierdeuschung von Agrariern, denen in ihrem grenzenlosen Profitgier der durch gewisse mitwirkende Glieder der Beschauungsmafchinerte assistiert wurde, entgegen.

Wähten doch eine Anzahl Herren, die den Reichstagsstiesel drücken, dazu verurteilt werden, mehrere Jahre hindurch mit einem knappen Einkommen eine zahlreiche Familie zu ernähren — die blinde, trügerische Theorie des grünen Tischs würden sie bald zum Hente wünschen und uns Arbeitern in der Opposition gegen Lebensmittel- und Fleischvertreuerungen aus innerer Ueberzeugung beipflichten.

An „trostreichen“ Salbadereien, mit denen man in diesen verflucht teuren Zeiten die Arbeiterklasse einzufallen sucht, fehlt es der hart geprüften deutschen Arbeiterschaft

burchaus nicht. Neben allem anderen mahnt man die Arbeiter daran, nicht so viel fürs Trinken und für Vergnügungen auszugeben, ja sogar die Vegetarier kommen jetzt, die sich von Herzen freuen, daß eine Menge „Tierleichen“ nicht mehr in den Leibern der Menschen „beerdigt“ werden. Wenn man alle die „Trostgründe“ durchgeht, bleibt dem Arbeiter weiter nichts mehr als das Verjüngern.

Wenn nun wieder Stimmen laut werden sollten, die angesichts des ebenso berechtigten wie heftigen Kampfes gegen die Fleischnot die Gewerkschaftsmittel in die engen Grenzen rein gewerkschaftlicher Tätigkeit zurückverweisen, so wehre man sich dagegen ganz entschieden, denn diejenigen organisierten Arbeiter, die fast und talentlos zusehen können, wie man der ohnehin so schwer ums tägliche Brot streitenden Arbeiterklasse ein Hauptnahrungsmittel in so brutaler Weise vorenthält und verteuert, diese „Organisierten“ können es niemals ehrlich mit der Vertretung unserer Arbeiterrechte meinen. Das sind „schlotternde Lemuren, verfluchte und zugenährte Halbnaturen“.

Darum alle Anerkennung unsrer Redaktion, daß sie bei dieser hochwichtigen Angelegenheit gleich die richtigen, zwar derben, aber wohlangebrachten Worte fand.

Front zu machen gegen die Erzeuger berechtigter Unzufriedenheit muß Pflicht eines jeden Arbeiters sein, mag er einer Organisation gleich welcher Fagon angehören, oder mag er sich irgend einer beliebigen politischen Richtung angeschlossen haben. Hier begegnen wir uns auf einer Bahn, hier muß alle Arbeiter eine Lösung einen: Kampf der widernatürlichen Veranbarung unserer jauer verdienten Arbeitergroßen! Wir Arbeiter haben doch alle einen Hunger! Sätten wir Arbeiter nicht alle die Lasten der indirekten Steuern zu tragen, wir könnten manden Taler zum Wohle unserer Familie verwenden.

Treffend spricht sich in seinem Vortrage „Kornzoll und Sozialreform“ der Volkswirtschaftslehrer Professor Dieckel aus:

„... Die preussische Einkommenbesteuerung gewährt Ermäßigung in Anbetracht der Kinderzahl auf Grund der Erwägung, daß bei gleichem Einkommen dem mit Kindern gesegneten Haushalte das Auskommen schwerer fällt — mit anderen Worten, daß dessen Leistungsfähigkeit geringer ist. Aber diese Milde des preussischen Fiskus wird, zum Teile wenigstens, aufgewogen durch die Härte des Reichsfiskus, welcher, indem er den Kornzoll erhöht, die kinderreichen Familien mit einem Zuschlage strafft...“

Was da von der Verteuerung des Brotes gesagt wird, gilt ebenso von der durch indirekte Besteuerung oder ähnliche Machinationen erfolgten Preissteigerung des Fleisches. Beides sind die Hauptnahrungsmittel und ein Volksbedürfnis derjenige, der mit dazu beiträgt, daß diese Lebensmittel künstlich verteuert werden!

Wenn auch die begüterte und privilegierte Bauernklasse Sturm kauft gegen die Allgewalt der Tatsache einer horrenden Fleischnot, so wollen wir Arbeiter zeigen, daß wir im Interesse der Erhaltung unsrer Arbeitskraft und zur Verhütung einer Degeneration des Nachwuchses durch schlechte oder durch Unterernährung auch zu „schreien“ wissen, besser noch, als die Herren Hutsbesitzer es zu gewissen Zeiten im Zirkus Busch zu Spreethen verstehen. Denn z. B. der rheinische Bauernverein „namens seiner 53.000 Mitglieder“ dem Landwirtschaftsminister die Türen ein, nur ja nicht die holländischen Grenzen zu öffnen, damit der wunderhaft hochgetriebene Profit nicht leidet, trotzdem, wie in Nr. 10, unsers Organs angeführt wurde, der Obermeister Eitel in Düsseldorf erklärt habe, daß die Rheinprovinz in einem Jahre nicht so viel Ochsen und Kühe produziere als die Stadt Düsseldorf in zwei Monaten verbrauche, so haben die Arbeiter sicher keine Ursache, zuzusehen, wie aus ihrem Fleische Riemen geschnitten werden.

Und nun mag ein jeder Kollege sich ernsthaft prüfen, und er wird zu der Ueberzeugung kommen, daß zum Alarm gelassen werden mußte gegen die Fleischwucherer, die dem deutschen Arbeiter nicht einmal eine auskömmliche Nahrung gönnen.

Wanne i. W.

Heinr. Schneider.

Korrespondenzen.

Berlin. (Aus der Vereinsversammlung vom 19. Oktober.) Der Vorsitzende berichtete über die Angelegenheit „Borwärts“, welche durch die am 14. Oktober abgehaltene Bezirksversammlung erledigt wurde, sodann über den Ausstand des Hilfspersonal bei der Firma Hempel & Co., verursacht durch das Verlangen desselben, Maschinen mit Anlegeapparaten mit einem Hilfsarbeiter (Anleger) bei 24 Wt. Lohn zu besetzen. Ohne den Arbeiterschuß und den Gauvorstand vorher benachrichtigt zu haben, stellten die Hilfsarbeiter ihre Forderungen; erst nachdem sie das Geschäft verlassen, wurden der Obmann des Arbeiterschußes sowie Kollege Massini als Vorsitzender der graphischen Zentrale in Kenntnis gesetzt. Durch vorherige Inzinate war es der Firma gelungen, Ersatz zu schaffen. Die Firma muß also schon vorher Kenntnis von der Absicht der Hilfsarbeiter gehabt haben. Nach verschiedenen Verhandlungen wurde in einer Besprechung mit dem Arbeiterschuß, der auch Kollege Böblin beizuwohnte, der Beschluß gefaßt, die Firma zu unterbreiten, daß innerhalb 14 Tagen die Ausständigen wieder eingestellt werden sollten. Der Vorstand der Hilfsarbeiter war auch damit einverstanden, die Ausständigen lehten jedoch den Vorschlag ab und verlangten, sofort am Montag wieder eingestellt zu werden; die Firma lehnte das ab und damit waren die Verhandlungen endgültig gescheitert. Das vom Gauvorstande angeregte und in der Vertrauensmännerversammlung beschlossene Vorgehen zwecks Erlangung einer Feuerungszulage ergab bis jetzt ein definitives Resultat in 42 Firmen, welche ihrem Personale Zulagen gewährt haben; 24 Firmen erklärten, sich abwartend verhalten zu wollen, nur wenige nehmen einen strikte ablehnenden Standpunkt ein. Auch auf andere Arbeiterkategorien hat unser Vorgehen beschränkend gewirkt, so haben in einzelnen Geschäften auch die Buchbinder und Hilfsarbeiter Zulagen erhalten; die größten Entbehrungen erhielten in fast allen Geschäften die Stereotypenre. An den Verbandsvorstand muß das Ersuchen gerichtet werden, den Gedanken einer Feuerungszulage so schnell wie möglich zu propagieren. Es sei den Kollegen zu empfehlen, wenn ihnen monatliche Zulagen gewährt werden, darauf zu dringen, daß dieselben in wöchentliche umgewandelt werden. Es sei besser, jetzt etwas zu nehmen, als bis zur nächsten Tarifrevision zu warten. In dem Augenblicke, wo in einem großen Geschäft 30 Kollegen Zulagen erhalten, werden die übrigen Kollegen schon von selbst nachkommen, denn die Lohnunterschiede sind verhältnismäßig gering. Zu einer Nachfrage könne man die Feuerungszulage nicht machen. Dem Gauvorstande gebührt das Verdienst, die Kollegen aufgerüttelt, auf ihre minimale Bezahlung aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen zu haben, in der angegebenen Weise weiter zu arbeiten, denn die Feuerung höre nicht auf, sondern nehme eher zu. Die Prinzipale würden sich nie dazu aufgeschwungen haben, von selbst etwas zu gewähren. Sodann gab ein Kollege ein anschauliches Bild der Verhältnisse in der Reichsdruckerei, wie sie unter dem früheren Direktor Wendt bestanden, dem er auch die wenigen für die Arbeiter vorteilhaften Einrichtungen zuschreibt. Damals habe man den Direktor noch persönlich sprechen und ihm sein Anliegen vortragen können, und wenn irgend möglich, sei den gerechten Wünschen entsprochen worden. Ganz anders wurde die Sache, als der neue Herr Direktor Landbeck aus Köln a. Rh. sein Amt antrat. Die erste Amtstat dieses Herrn war, daß er die seit etwa 15 Jahren bestehende Arbeitszeit um zehn Minuten verlängerte, was ungefähr im Jahre die sechs Tage Ferien ausmache, die den Kollegen der Reichsdruckerei je mehreren Jahren gewährt werden. Ja, es kam so weit, daß der gesamte Arbeiterschuß sich als nicht mehr im Amte befindlich zu betrachten beschloß, da er augenscheinlich dem Herrn Direktor gänzlich überflüssig erschien. Fast gleichzeitig wurde ein Ulaß erlassen, daß man den Herrn Direktor nicht so viel belästigen, sondern mit den unteren Organen die betreffenden Angelegenheiten erledigen möge. Dadurch wurden seiner — des Redners — Ansicht nach die Arbeiter gänzlich von den Faktoren und Inspektoren und deren Intrigen abhängig gemacht. Ein Kollege, des Französischen, Englischen und Deutschen mächtig, auf dem Orientalischen Seminar im Chinesischen ausgebildet, wird plötzlich in eine Abteilung versetzt, wo nur glatter Satz (Fraktur) gesetzt wird. Auf seine Beschwerde beim Inspektor kommt er zunächst zwar in seine vorherige Abteilung zurück, aber nach kurzer Zeit wird er wiederum in eine andere Abteilung gestellt, wo er im gewissen Grade berechnen muß. Ein anderer Fall, der so recht verbeutlicht, wie Vorgelegte gegen Arbeiter vorgehen, lag folgendermaßen: Einem Kollegen, der bereits zwei Jahre im Geschäft tätig und für dauernd engagiert war, wird seitens des Faktors mit dem Bemerkten gekündigt, daß es ihm sehr leid tue, aber trotz seiner warmen Färsprache bestesse der Inspektor auf die Kündigung. Dem Kollegen kam die Sache doch etwas spanisch vor und kurz entschlossen geht er zum Inspektor, der ihm nun mitteilt, daß der Faktor die Entlassung gewünscht habe, da der betreffende Kollege zu wenig und minderwertige Arbeit geleistet habe. Nachdem nun aber der Kollege in der Lage war, Beweise über seine Arbeit beizubringen, mußte auch der Herr Inspektor dieselbe für einwandfrei erklären. Aber bei der Kündigung blieb es trotzdem. Und der Kollege wurde entlassen, nachdem man ihm wenigstens auf seinem Zeugnisse „Gute Leistungen“ bescheinigt hatte. Der Faktor aber entfernt sich ständig des besten Wohlwollens

und wird solche Kunststücke vielleicht noch heute zur Anwendung empfehlen und selbst praktizieren. Dazu kommt nun noch eine doppelte und dreifache Kontrolle der Arbeiter, in der fast alle Faktoren weitestgehend; und wer da nicht mitmacht, dem wird bald ein ruhigerer Posten angewiesen und ein jüngerer rückt an seine Stelle, der nunmehr eine noch größere Antreiberei einsetzt, um so seine Befähigung für sein neues Amt nachzuweisen. Sodann kam Redner auf den zweiten Osterfeiertag zu sprechen und die dadurch hervorgerufene Kündigung von sieben Sepern. Trotzdem nämlich die Direktion gewissermaßen versprach, keinerlei Vergeltung an den Arbeitern zu üben, kündigte man doch am Sonnabend nach der Nachzahlung der Feiertagsentschädigung sieben Sepern, hoffend, den Nebelstärker dabei mitgeführt zu haben, der die Sache vor das Tarifamt gebracht hatte. Allerdings soll ja Arbeitsmangel der Grund der Kündigung gewesen sein — aber keiner von den noch beschäftigten Kollegen glaubt daran und die Direktion wohl selbst nicht. Er — der Redner (der mit zu den Entlassenen gehört) — wollte bei der Direktion um die Zulage bitten, daß bei sich hundert Arbeit keine Neueinstellungen vorgenommen, sondern auf die Entlassenen zurückgegriffen würde, konnte aber nirgends eine verantwortliche Persönlichkeit der ganzen Direktion zu sprechen bekommen — was kummerte die sich um die entlassenen Familienväter, die seit sechs und mehr Jahren zu den niedrigsten Löhnen der Reichsdruckerei ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hatten! Jetzt, wo sie endlich einen einigermaßen genügenden Lohn zu erwarten hatten, setzte man sie aufs Kflaster, und nach dieser Ferienarbeit genoss man den zu diesem Zwecke unterbrochenen Sommerurlaub weiter. Muß man es schon als unerhört bezeichnen, daß in einem solchen Betriebe — selbst wirklichen Arbeitsmangel vorausgesetzt — nicht sieben Arbeiter durch den harten Winter gesehleppt werden könnten, so ist es aber doch einig, wenn hinterdrein die Reichsdruckerei den Tarifarbeitsnachweis erjudet, den sieben Entlassenen gälligkeit Kondition zu verschaffen. Sie nimmt eine Institution in Anspruch, zu der sie selbst keinen Pfennig beiträgt, sondern die Kosten von den tarifreinen Geschäften und Prinzipalen tragen läßt. Dies sollten die Prinzipale als Grund betrachten, nunmehr energisch auf Anerkennung des Tarifes auch seitens der Reichsdruckerei zu dringen. Redner schloß mit dem Hinweis, daß die ganze Angelegenheit jedenfalls noch den Reichstag beschäftigen werde. Er wolle im Namen der Reichsdruckereifollegen nur darauf hinwirken, daß die Arbeitsverhältnisse der Reichsdruckerei im Kreise der Kollegen bekannt würden, um zu verhindern, daß Arbeitsangebote aus ganz Deutschland fast täglich bei der Direktion eingingen, denn dadurch würden die Verhältnisse immer mehr verschlechtert. Nach dem Vortrage der Berichte des Seper Heinrich Schoop, desgleichen wegen Fernüberänderung die Seper Eduard Gottschlich, Willy Arenst, Fritz Doh und der Drucker Walter Julius; in die Reihe der Zuwallden getreten die Drucker Theodor Böhm, Karl Bröckler und der Seper Karl Henninger. Zu Beginn der Versammlung wurde in der üblichen Weise durch Erlesen von den Eiden geübt das Andenken der verstorbenen Kollegen Stereotypenre Aug. Helwig, Drucker Bernhard Kradel und der Seper Richard Stoll und Karl Hobominski.

Berlin. (Erläuterung.) In der Nr. 124 des „Corr.“ bringt die technische Redaktion des „Buch- und Steindruckers“ eine Verächtigung, die die jüngst im Vereinsberichte des Brandenburgischen Maschinenvereins aus dem technischen Referate wiedergegebenen Notizen direkt verleugnet. Herr Königer wäre mit seiner Behauptung im Rechte, wenn er die fraglichen Punkte nur für die Septembernummer dieses Jahres in Abrede gestellt hätte. Da seine Verächtigung sich jedoch auch auf frühere Nummern des „Buch- und Steindruckers“ bezog, so muß ich diesem Herrn erklären, daß ich als „leichtfertiger Kritiker“ ein doch viel besserer Kenner des technischen Stoffes der Maschinenvereinsberichte des von ihm redigierten Organs bin als er selbst, wie aus nachfolgendem ersichtlich: Es war gewissermaßen eine Jahresübersicht, die über die gesamte Fachliteratur von mir beim Punkte „Technisches“ in der Vereinsversammlung gegeben wurde, in der allerdings die einzelnen Hefte des „Buch- und Steindruckers“ eine hervorragende Rolle einnahmen. Hinsichtlich des besondern Beschlusses am amerikanischen und englischen Maschinenap-Tamam. Nicht nur die Septembernummer des Vorjahres (es ist dies die fragliche Nummer des vom Schriftführer etwas subjektiv wiedergegebenen Extrates des Referates), sondern auch die Aprilnummer spielte bei den Betrachtungen eine große Rolle. Stimmgemäß trifft für beide Hefte das im Vereinsberichte wiedergegebene voll und ganz zu. Also aus dem technischen Inhalte Nr. 12 (1904) und Nr. 7 (1905) bezogen sich meine Betrachtungen, Herr Königer. Doch wie steht es nun mit den „Befindungen“ in kritischer Hinsicht des technischen Stoffes für Maschinenvereins der einzelnen Fachblätter des derzeitigen Vorsitzenden des Brandenburgischen Maschinenvereins und seines Amtsvorgängers? Ganz logisch! Die Vorsitzenden unserer Fachvereine haben in hervorragendem Maße familiärer Fachliteratur Beachtung geschenkt und alle unsere Interessen schädigende Notizen stets einer scharfen aber objektiven Kritik unterzogen. Nichts weiter, gar nichts, Herr Königer! Und als die „Tech-

nischen Mitteilungen“ unserer Vereins das Licht der Welt erblickten, da quittierte ich die Anempfehlung des „Buch- und Steindruckers“, daß die „Technischen Mitteilungen“ nur Spielerei bedeuten, mit derselben Münze — aber nur in der Vereinsversammlung, nicht in der Öffentlichkeit. Der Erfolg — bis dato 1000 Auflagen! Aus jeder Nummer dieses Blättchens kann die wohlblühtige Redaktion des „Buch- und Steindruckers“ auch unsere Wünsche — unsere Kritik — über den technischen Stoff der Maschinenvereins einzelner Fachblätter entnehmen, d. h. wenn ihre technischen Quellen objektiv sind. Wenn ich heute ein ganz klein wenig revanchefähig wäre und den ganzen Schwall der technischen Notizen der Maschinenvereinsberichte des „Buch- und Steindruckers“ neuere passieren ließe, sancta simplicitas, was käme da heraus! Doch all dieses behalte ich mir vorläufig als Munition in der Tasche. In meinen technischen Besprechungen habe ich stets die Kollegen gewarnt, dieses oder jenes nachzunehmen, um sich vor Schäden zu bewahren. Ueber das Feigsteigen technischer Störungen läßt sich streiten, jedoch nicht über Behandlung von Unfällen. Notizen, die so läppisch sind, daß sie für Anfänger an den Segenmaschinen keinen Wert haben, sollte man vermeiden. Die Gesamtheit der Maschinenvereins ist aus dem Evolutionsstadium herausgetreten, sie verlangen von der Fachliteratur etwas andres als bisher. Die Redaktion des „Buch- und Steindruckers“ sollte die Maschinenvereinsberichte zu pflegen, wie die Blätter der anderen graphischen Berufsstände. Fort mit den Bettelnotizen! Diesen und keinen andern Geist atmeten meine technischen Besprechungen im Brandenburgischen Maschinenvereinsvereine. Es mag ja für die Fachblätter häufig recht unangenehm sein, daß der technische Berichterstatter des Berliner Fachvereins nicht nur Vorleser, sondern auch Kritiker ist. Aber das ist nun mal so! Aus vorstehendem mögen sich nunmehr die Leser des „Corr.“ über die Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit des derzeitigen Vorsitzenden des Brandenburgischen Maschinenvereins und seines Amtsvorgängers und über die „Gewissenhaftigkeit“ der Verapier technischer Weisheit der Maschinenvereinsberichte im „Buch- und Steindrucker“ selbst ein Urteil bilden. Die Redaktion des „Buch- und Steindruckers“ aber möge mal darüber nachdenken, woher es kommt, daß der größte deutsche Maschinenvereinsverein von Anfang seines Bestehens bis heute mit der Kritik der Maschinenvereinsvereins unangenehm ist.

Gustav Joppi

Vorsitzender des Brandenburgischen Maschinenvereins.

Berlin. (Mitteilung.) In dem Berichte über die Leipziger Maschinenvereinsversammlung (Nr. 124 des „Corr.“) befinden sich, soweit mein Referat in Betracht kommt, mehrere Unrichtigkeiten, die dem Schriftführer unterlaufen sind, deren Richtigstellung im Interesse unserer Tariffache ich hierdurch bewirken möchte. Nach dem Berichte habe ich ausgeführt, daß im ersten Vierteljahre 1905 bei 45 tariflosen Arbeitsnachweisen die Arbeitslohnzahl der Drucker gleich und bei 14 Nachweisen sogar größer als die der Seper war. In Wirklichkeit sprach ich jedoch von monatlichen Wochenbruchstücken, d. h. der Monatsrapport über den Wochenbruchschnitt weist in 45 resp. 14 Fällen das obige Verhältnis auf. Ferner habe ich nicht gesagt, daß in Hannover im ersten Vierteljahre kein Seper, wohl aber fünf bis sieben Drucker arbeitslos waren, sondern habe eine Aufstellung über die am jeweiligen Wochenbrüche beim dortigen Nachweise vorgemerkten Konditionslosen, beginnend mit Mitte Februar und schließend mit Anfang April, verlesen, nach welcher allerdings eine Ausnahme der Seper bei gleichzeitiger Konstantbleiben resp. Steigen der arbeitslosen Druckerzahlen festzustellen ist, so daß an einigen Daten mehrere Drucker und kein Seper arbeitslos waren. Den Prozentsatz der Druckerlohnzahl habe ich auf 41 bis 42 Proz. angegeben, aber darauf hingewiesen, daß dieser Prozentsatz in vielen Orten bedeutend überschritten wird, ja in einem Falle 77 Proz. erreicht. Auch in bezug auf den Berliner Nachweis habe ich nur darauf hingewiesen, daß es im März vorgekommen sei, daß sechs Seper und gegen 80 Drucker vorgemerkt waren. Franz Kräfte.

Sarumstadt. (Maschinenmeisterklub.) Die zum 21. Oktober einberufene Mitgliederversammlung hatte sich hauptsächlich mit den Anträgen und Forderungen der Maschinenmeister im Gau Mittelhessen zur Tarifrevision 1906 zu beschäftigen. Jedoch wäre angesichts einer so interessanten und wichtigen Sache ein vollständiger Besuch zu wünschen gewesen. Von annähernd 30 Mitgliedern waren nur 10 anwesend; es wäre rasch, künftighin das Porto für die Einladungen zu sparen, um durch interessierte Mitglieder wenigstens die Kasse nicht zu schädigen. Glauben denn diese säumigen Mitglieder, durch diese Interessiertheit ihre Lage zu verbessern? Die von dem Maschinenmeisterklub Mainz gestellten Anträge, die gedruckt vorlagen, wurden einzeln durchberaten und mit einigen Abänderungen und Zusätzen genehmigt. Bei dem Punkte: „Erhöhung des Jahresbeitrages an die Zentralkommission“, wurden die Leistungen und der Nutzen, den uns dieselbe bringt, anerkannt. Die Beitragserhöhung wurde pro Kopf und Jahr mit 20 Pf. bewilligt. Unter „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende Ernst auf die nachlässige An- und Abmeldung einzelner Mitglieder hin. Wegen solche Versäumnisse der Mitglieder erhob die Versammlung energisch Protest.

Sülzen. Der vor einigen Monaten hier selbst gegründete Ortsverein „Gutenberg“ beging am 22. Oktober unter zahlreicher Beteiligung seine Gründungsfeier. Der Vorsitzende Deleux begrüßte die Erschienenen und gab der

Erwartung Ausdruck, daß es dem Vereine vergönnt sein möge, bald alle am Orte arbeitenden Kollegen zu seinen Mitgliedern zählen zu können. Im Laufe des Abends ergriß unser Bezirksvorsitzender Murrmann das Wort, um über Zweck und Ziele des Verbandes zu sprechen. In berebten Worten führte Nebner den Anwesenden vor Augen, wie notwendig es sei, sich zu organisieren, um vor allen Eventualitäten gesichert zu sein. Seinen Mitgliedern biete der Verband einen kraftvollen Rückhalt in Notfällen, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität usw., so daß der Beitrag von wöchentlich 1,25 Mk. von jedem Gehilfen wohl angelegt sei, besonders im Hinblick auf darauf, daß einer der anderen einsteht. Der Vortragende hoffte, daß auch die anwesenden Arbeiter anderer Berufe aus seinen Darlegungen die entsprechende Nutzenanwendung ziehen und sich ihren Verbänden anschließen. Seine Worte klangen aus in ein begeistertes Aufgenommenes Hoch auf den Verband. Daß diese Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind, beweist der Umstand, daß wir drei Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten. Herr Nebbauer Tossen brachte dem jungen Vereine die Glückwünsche der Prinzipale dar und widmete den Damen sein Hoch. Bei Vorträgen, Gesang und Tanz blieben die Jünger Gutenbergs noch lange in recht gehobener Stimmung beisammen. Für die uns von den Druckereien „Wacht“ und „Sprecher vom Niederrhein“ gratis gelieferten Druckfaden lagen wir auch an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank!

p. Düsseldorf. Am 9. Oktober hatte der Bezirk Düsseldorf einen Balkotteabend veranstaltet, zu dem sich ein äußerst zahlreiches Publikum eingefunden hatte, welches der gebotenen Regitation „Das verlorene Paradies“ dankbare Aufmerksamkeit schenkte. War an diesem Abende der Saal beinahe vollständig gefüllt, so läßt sich dies leider von der am 14. Oktober abgehaltenen Bezirksversammlung nicht sagen; trotzdem die Tagesordnung einen höchst interessanten Vortrag über „Bürgerliche und proletarische Sozialpolitik“ aufwies. Der Referent, Arbeitersekretär Giebel, schilderte in seinen über einstündigen Ausführungen in anschaulicher Weise, welche Veranlassung das Unternehmertum hatte, um überhaupt Sozialpolitik zu treiben. Nur die ureigenen Interessen des bürgerlichen Kapitalismus und Individualismus schufen die verschiedenen sogenannten Wohlfahrtsmaßnahmen, zu deren ganz entschiedener Ablehnung der Nebner kam. Nachdem er die verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung eingehend beleuchtete, betonte Referent die Notwendigkeit für die Arbeiterkassas, zur Vertretung ihrer Interessen proletarische Sozialpolitik zu treiben, die aber nur einen Rückhalt haben könne in machtvollen Arbeiterorganisationen. Die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit — Bergarbeiterstreik und Berliner Elektroindustrie — geben zur Genüge den Beweis dafür, daß nur eine einzige Gesamtarbeiterschaft dem fokalierten Unternehmertum Erfolge abringen könne, zu denen er in erster Linie den Arbeitsvertrag rechne. Reicher Beifall bewies, daß der Vortrag bei den Anwesenden dankbare Aufnahme gefunden hatte. Vom geschäftlichen Teile der Versammlung ist hervorzuheben die Aufnahme von neun Kollegen und der Austritt der Kollegen Hemsoth und Andr. Götting. Das Audenken der verstorbenen Mitglieder Baworsky und Dittmann ehrte die Versammlung in der üblichen Weise. An Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Linnemann wurde Kollege Görgens zum Bibliothekar gewählt. — Zur Einleitung der Tarifkampagne haben jetzt im Bezirke dem Wochtagsbeschlüsse gemäß kombinierte Druckerverfassungen bekommen, in denen den Mitgliedern zunächst die Erfolge des Verbandes während seines Bestehens vor Augen geführt werden sollen. Soll das in diesen kleineren Kreisen zur Verhandlung kommende aber eine wirkliche Vertiefung bei den Kollegen finden, ist es unbedingt notwendig, daß dieselben auch in der Gesamtheit tätigen Anteil am Vereinsleben nehmen und besonders zu den Bezirksversammlungen vollzählig erscheinen. Diese Mahnung erscheint dringend angebracht in Rücksicht auf den bevorstehenden wichtigeren Abschnitt in der Geschichte unserer Tarifgemeinschaft. Den nächsten Versammlungswöchenern gelte daher der Schluß des obigen Vortrages: „Nur in einer einzigen Gesamtheit liegt die Macht!“

Hamburg. (Allgemeine Buchdruckerversammlung am 22. Oktober, vormittags 11^{1/2} Uhr, in Lütjes Etablissement.) Ins Bureau wurden gewählt die Kollegen Dreier, Wabersky und Klantke. Den Bericht der Geschäftsmitglieder des Tarifschiedsgerichts erstattete Kollege Tassan er. Nebner erklärte, daß das Schiedsgericht wenig in Anspruch genommen worden sei. Im ganzen seien nur zwei Sitzungen abgehalten worden. Die Klage eines Maschinenmeisters auf Auszahlung eines Lohnabzuges von 4,10 Mk. für Maturatur wurde, da die Schuld auf Seiten des Faktors lag, als berechtigt anerkannt und die Firma zur Zahlung der 4,10 Mk. verpflichtet. Die Klage eines Prinzipals, der sich geschädigt glaubte, weil einige seiner Gehilfen nicht mehr Satz lieferten als ihr Lohn betrug, wurde durch eine Einigung geregelt. Zwei Klagen wurden durch Vermittelung des Vorsitzenden erledigt. Die Klage gegen eine Firma, daß sie die tarifliche Lehrlingskalkula überschritten habe, wurde hinfällig, da man die beiden Faktoren, welche technisch mit tätig waren, nicht zum Personale hinzugerechnet hatte. Eine ablehnende Antwort erhielt ein Arbeiter auf seine Klage wegen Zahlung von vierzehn Tage Lohn wegen unrechtmäßiger Kündigung, da er ein anderweitiges mündliches Abkommen mit der Firma getroffen hatte. Gewählt wurden als Geschäftsmitglieder des Schiedsgerichts die Kollegen A. Blume, J. Well-

mann, E. Gauer; als Stellvertreter die Kollegen F. Runkler, C. Menborg, R. Klantke. Ueber die Notwendigkeit einer eignen Vertretung des Kreises I (Nord) referierte Kollege Demuth. Die Notwendigkeit ergab sich aus der Neueinteilung des Kreises in I und Ia durch den Deutschen Buchdruckerverein. Seiner Meinung nach würden die Tarifbehörden nichts dagegen haben; wir in Hamburg würden uns jedenfalls besser dabei stehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Da Anfragen nicht gestellt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. (Mitgliederversammlung am 22. Oktober, mittags 12^{1/2} Uhr, in Lütjes Etablissement.) Gestorben sind die Kollegen C. v. G. Laan und F. Graf. Aufgenommen wurden der Seiger C. Fleige und der Segmaschinenmechaniker A. Ulrich; wieder aufgenommen die Seiger Fr. Klenke, W. J. A. Romann, J. Milliger und der Seiger W. Schulte. Invalide wurde der Seiger C. Keimling. Konditionlos sind 67, krank 53 Kollegen. Das Vorstandsmitglied A. Hanewacker hat wegen Abreise seine sämtlichen Kanten niedergelegt. Ueber die gewerkschaftlichen Aufgaben des Verbandes und seine Taktik sprach der Verbandsvorsitzende C. Döblin. Es sei geraume Zeit her, seit 1896, daß er hier in Hamburg gesprochen, seit der Zeit, wo wir die ersten Schritte auf dem tariflichen Gebiete unternahmen. Was wir damals bezweckten, sei heute vollständig erreicht. Von allen Seiten würde unsere Tarifgemeinschaft als Errungenschaft anerkannt. Um festzustellen, ob in der Tat die Wege unserer Organisation die richtigen seien vom modernen Arbeiterstandpunkte, sei es notwendig, die allgemeine wirtschaftliche Lage Revue passieren zu lassen. Wenn auch in unserm Gewerbe ruhige Verhältnisse herrschten, in anderen Gewerben seien wir Kämpfe von einer Ausdehnung, wie sie selten dagewesen. Nebner verwies auf die Kämpfe der Metallarbeiter u. a. Welches seien die Ursachen dieser Kämpfe? Diese liegen darin, daß der „Grenzenstandpunkt“ bei den Industriearbeitern noch viel zu fest eingewurzelt ist, so daß sich die Gegenstände immer mehr auflösten. Woran liege es nun, daß unser Gewerbe nicht davon ergriffen wird? Nun, wir hätten unsere Taktik zu gestärkt, den Unternehmern klar zu machen, daß es auch in ihrem Interesse liege, mit uns die Tarifgemeinschaft abzuschließen. Dieser unser Standpunkt erfahre viele Anfechtung. Gerade die jüngeren Kollegen ständen häufig vor dem Konflikt, ob die Parteilichkeit oder die unsre die richtige sei. Wir sagen, wollen wir unsere Berufsgenossen in unsere Organisation hineinbringen, dann haben wir sie von der praktischen Seite zu fassen, an die Magenfrage zu appellieren. Bei politischen Zielen würde ein gewisser Zwang ausgeübt. Im übrigen würden die wirtschaftlichen Gegenstände in politischer Beziehung jeden dahin bringen, wo er hin gehört. Dieser Standpunkt sei ein ganz korrekter. Deshalb sei es uns gelungen, fast alle zu organisieren, weshalb haben die Christlichen bei uns keinen Erfolg? Wir können also mit gewisser Befriedigung zurückblicken. Weiter halte man uns vor, wir seien Kassejungen. Nun, der Metallarbeiterverband verlangt erst jetzt eine gewisse Stetigkeit, nachdem er seine Kassen gegründet. Durch die Tarifgemeinschaft haben wir den Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewonnen. Man sei bemüht gewesen, diesen Einfluß als gering hinzustellen. Wenn die Prinzipale darauf eingegangen sind, dann haben sie es nicht unserer schönen Augen wegen getan; unsere Organisation habe früher Kämpfe genügend gehabt. Ausdauer und Kampfesmut hätten wir 1891 in vollstem Maße gezeigt. Wenn man erleben wolle, welchen Wert die Vertretung der Arbeiter habe, möge man nur hören, was die Gegner sagen. Die „Post“ schreibt: „Beide (die politische und die gewerkschaftliche Bewegung) seien revolutionär; die Gewerkschaft sei aber für die Gegenwart das fähigste Uebel.“ Der Zentralverband der Industriellen halte fest daran, die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst festzusetzen und zu den Tarifgemeinschaften erklärt er, daß er diese für durchaus gefährlich halte. Man wolle Herr im Hause bleiben. Damit sei doch bewiesen, daß die Tarifgemeinschaft Errungenschaften seien. Wir verkennen nicht die Notwendigkeit politischer Betätigung, aber auf der anderen Seite möge man der gewerkschaftlichen Betätigung Vorehrlichkeit widerfahren lassen. Da müsse er auf einige Ausführungen, die auf dem Jenaer Parteitage gefallen sind, eingehen. Das gebe er vollständig zu, die sozialdemokratische Partei sei die einzige Partei, die die Arbeiterinteressen vertritt. Man möge aber nicht vergessen, daß der andere Teil, die Gewerkschaften, auch in der Lage ist, zu kurieren, ob die Gewerkschaften in falsche Bahnen gedrängt werden sollen. So habe Fischer bei der Frage der Waise von einem gewissen Egoismus bei den Gewerkschaften gesprochen, die politischen Theoretiker hätten einen weiteren Blick. Aber darüber würde doch gar nicht diskutiert! Es liege eben anders mit den Gewerkschaften, die die Verantwortung zu tragen haben, die haben mit der Konjunktur zu rechnen. Fischer habe uns zünftlerische Meinungen vorgeworfen. Ja, begreift man denn nicht, daß wenn Tausende durch die Maschinen arbeitslos werden, wir die Pflicht haben, dazu Stellung zu nehmen? Mit solchen Ausstellungen trage man dazu bei, ein gewisses Vorurteil bei der Masse zu erwecken. Die Gewerkschaften hätten politisch neutral zu sein, alle anderen Maßschläge müssen wir ablehnen. Man habe einfach zu fragen: Wie ist die Lage des Arbeiters zu sehen, und dann danach zu handeln. Weiter nichts. Wenn durch eine solche Taktik die Lage des Arbeiters gehoben wird, mache man sich viel verbietet, als man es durch Ausnahme radikaler Resolutionen vermag. In Bezug auf unsere Lehrlingskalkula lagen sich

Fischer, Ströbel, der ähnlich wie Fischer sich in Berlin geäußert, und die Saarbrücker Handelskammer Arm in Arm. Die Grundauffassung der Waise sei doch eine umfassende Demonstration der Arbeiter aller Länder. Wo sei das aber der Fall? Wenn Arbeiter infolge der Waise ausgebeutet würden, könne man doch von einer Demonstration nicht reden. Wären die Buchdrucker den Maßschlägen der Partei gefolgt, dann wären sie nicht das, was sie heute sind. Wir haben uns auch durchgeblutet unter dem Sozialistengeßel und hätten trotzdem 1891 den Niesenkampf führen können. Wir beglückwünschen uns heute noch, daß wir so gehandelt haben. Es sei bedeutend leichter, radikal zu sein, als sich auf den nüchternen Standpunkt zu stellen. Weiter beschäftigte sich Nebner mit Aussprüchen von Bebel, Rosa Luxemburg und Stadt-hagen. Zu der Frage, weshalb er als Gewerkschaftsführer nicht in die politische Versammlung gehe, müsse er erklären, daß er dort wenig Gegenliebe finden werde. Für ihn, der für die Gewerkschaft verantwortlich ist, gelte es, seine Unabhängigkeit zu wahren. Es sei aber durchaus wünschenswert, daß die Kollegen sich auch politisch betätigen. Es müßten aber zwei verschiedene Wege vorhanden sein, und jeder möge die Lehre ziehen, daß es nicht anders geht. Er glaube bei den Hamburger Kollegen das vollste Verständnis für sein Handeln zu finden. Mit einigen Worten möge er noch auf unsern Tarif eingehen. Der Tarif sei das Produkt opferreicher, großer Kämpfe. Worin besteht nun seine Bedeutung? Im Bestimmungsrechte der Gehilfen bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen! Ferner darin, daß er ein Lohngefäß für ganz Deutschland ist. Unser Augenmerk müsse darauf gerichtet sein, die GesamtKollegenchaft für ihn zu gewinnen. Daher resultiere es allerdings, daß ihm Mängel anhaften. In allen anderen Berufen seien wir, daß durch Einführung der Maschinen Lohnreduktionen vorgenommen werden. Bei uns sei das Gegenteil der Fall. Durch den Staffeltarif sei die Einführung des Tarifes in Rheinland-Westfalen ermöglicht. Nach 1891/92 hatten wir eine Lehrlingszuchterei, die unerhört war; auf 30.000 Gehilfen kamen 13.000 Lehrlinge. Vier Jahre nach Bestehen unsern Tarifes kamen auf 39.000 Gehilfen 10.000 Lehrlinge. Da könne man doch von Vorteilen sprechen. Wenn man alle diese Punkte erwäge, finde man eine Menge Unpöndlichkeiten, die nicht zu unterschätzen seien. Dann dürfe man auch nicht vergessen, daß wir vorwiegend mit kleinen Betrieben zu rechnen hätten. Das Tarifamt habe Bedeutendes geleistet. Vieles sei ohne Opfer erreicht worden und die Gehilfen hätten den Vorteil gehabt. Der Wert der paritätischen Arbeitsnachweise bestehe für ihn darin, daß diejenigen Kollegen, die sich um den Tarif verdient gemacht, zuerst eingestellt würden. Bei den anderen Gewerben würden die Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt. Nun würde man sagen, das seien alles Lichtseiten. Der Tarif habe auch seine Schattenseiten. Gewiß habe er das. Aber wenn die Tarifgemeinschaft nicht bestände, wären die Mißstände noch bedeutend größer. So lange wir Verständnis bei den Prinzipalen finden, hätten wir keine Ursache eine andere Taktik einzuschlagen. Sollte es anders kommen, wären wir auch dazu bereit. Sein Standpunkt sei diktiert von der Liebe zur Organisation. Er hoffe, daß er das Vertrauen der Hamburger Kollegen mitnehmen könne. Wenn wir einig wirken, dann sei uns und der Allgemeinheit ein großer Dienst erwiesen. (Beifall.) — Kollege Bawersfeld erklärte, daß er nicht auf alles eingehen könne. Er wolle nur einige Punkte herausgreifen. Es sei leicht, sich im Scheine der langjährigen Tarifgemeinschaft zu sonnen, wie Döblin es heute getan hat. Aber man möge auch bedenken, daß wir durch die Einführung der Segmaschinen vor einer großen Wende stehen. Wenn der praktische Standpunkt immer so betont werde, dann hätte man auch längst Mittel und Wege gegen die durch die Einführung der Segmaschinen überhand nehmende Arbeitslosigkeit finden müssen. Er nenne drei Mittel: Die Arbeitszeit der Handwerker müsse bedeutend verkürzt werden. Dann sei die Abschaffung des Berechnens eine Notwendigkeit. Ferner seien die Ueberstunden zu beseitigen, die noch massenhaft gemacht würden. Dies möchte er der Verbandsleitung ans Herz legen. Der Indifferentismus der Kollegen liege an der Leitung, namentlich aber am „Corr.“ Döblin möge dafür sorgen, daß der „Corr.“ endlich einmal einen andern Ton annehme. Es sei Nezhäuser schon oft der Kopf gewaschen worden, er lehre sich aber nicht daran. Wenn Nezhäuser mehr ersperrlich wirken würde, dann würde die Beseitigung der von ihm ausgeführten Uebelsstände leichter sein. Wenn aber gesagt werde, was wir haben ist das Beste, dann könne eine Aenderung nicht eintreten. Von dem Augenblicke, wo wir nur durch den Tarif den Vorteil haben, gingen die Prinzipale ihren eignen Weg. Kollege Bittersdorf wendet sich gegen den ersten Teil des Referates. Selbst Bebel's Wort „Lohnfeind“ hätte herhalten müssen. Dann hätte man auch Bebel's Wort von der Neutralität nicht vergessen dürfen. Es sei traurig, daß wenn das Wort „Sozialismus“ in unseren Reihen fällt, dieses Wort auf einige Kollegen wirkt, wie der rote Lappen auf ein gewisses Tier. Die Maurer Hamburgs verdienten ganz andere Löhne als wir. Man solle den revolutionären Charakter der gewerkschaftlichen Bewegung nicht verleugnen. Gerecht habe er sich, daß Döblin diesmal nicht mit der Bremse gekommen sei. Kollege Nezhäuser wendet sich gegen Bawersfeld. Wenn man Nezhäuser kritisiere, kritisiere man auch die Verbandsleitung. Dann hätte er ebenso scharf den Vorsitzenden angreifen müssen. Er habe seinerzeit gegen Nezhäuser

Stellung genommen, weil Mehrlinger damals untätig gehandelt habe. Gegen die Ausführungen Döblins über die Partei habe er nichts einzuwenden, wenn man sehe, wie in einer Weise über gewerkschaftliche Fragen geurteilt werde, die kein vernünftiger Mensch unterschreiben könne. Bei Lohnstreitigkeiten habe jeder sich zu sagen, was er zu unternehmen habe, bei radikalen Verammlungsresolutionen trage niemand die Verantwortung. Den Maximalarbeits-tag der Bäckerarbeiter, die sogenannte politische Erzeugnisse, müsse jetzt erst die Gewerkschaft zur Durchführung bringen. Sicher habe unsere Lehrlingskassa als zünftlich bezeichnet. In Zürich haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften eine Lehrlingskassa angenommen. Andere Gewerkschaften besitzigten sich in der Festlegung der Lehrlingskassa. Würde es im Zukunftsstaate anders sein? Wahrscheinlich für die Taktik der Arbeiter könne nur der Kölner Kongress sein, nicht Jena. Die hauptsächlichste Stellung zur Arbeiter sei doch so klar, wie zwei mal zwei vier ist. Aber man wolle das nicht begreifen und ziehe sich auf die Halbheit zurück, jedem die Arbeitsruhe freizustellen. Daß wir nicht besser weiter kommen, liegt nicht am mangelnden sozialistischen Geiste, sondern an dem Mangel der Erziehung der Kollegen. Es liege an den Kollegen, größere Erzeugnisse zu erlangen, wenn man den Verband nicht nur als Versicherung betrachte. Da wäre zu wünschen, daß alle Verammlungen so gut wie die heutige besetzt wären. Kollege Heibelbarth beaurte, daß durch die Diskussion die klaren Ausführungen Döblins verwischt würden. Nicht der Verband, wie Bauersfeld meine, sondern das Buchdruckergewerbe stehe vor einem Wendepunkte. Wir kämen darüber besser hinweg, wenn wir einzeln zusammenständen. Er müsse sich für Mehrlinger aussprechen. Wir seien die Angegriffenen. Die Parteiklätter sollten endlich mit ihren Angriffen nachlassen. Kollege Gauerer erklärt, daß eine gewisse Antipathie zwischen Partei und Gewerkschaft besteht. In dem Augenblicke, wo sich die Kollegen mehr an der Partei beteiligen, würde die Antipathie von selbst verschwinden. Partei und Gewerkschaft seien zwei Bewegungen, die sich ergänzen müssen. Kollege Schramm hält es für ganz natürlich, daß man bei diesem Thema auch auf die letzte Kritik der „Corr.“ zu sprechen gekommen ist. Jedenfalls zeugen diese Artikel Mehrlingers von einem großen Freimuth, den er bei anderen Gewerkschaftsblättern nicht gefunden habe. Aber dieser Freimuth würde uns ungemütliche Tage verursachen, die wir nicht brauchen können. In anderen Kreisen würde auch die Privatmeinung Mehrlingers nicht so beachtet. Wir könnten auf dem bisherigen Wege ruhig weitergehen. Die Zeit für einen anderen Weg sei nicht da. Kollege Andreas erklärte sich mit Döblins Ausführungen einverstanden und wendete sich gegen Blittersdorf. Kollege Kosznapp ist der Meinung, daß die berufenen Vorstände besser in der Lage wären, zu beurteilen, wie weit vorgegangen werden müsse. Bauersfelds Vorschläge seien ganz schön, aber er möge auch den Weg angeben, wie es gemacht wird. Das sei nur der Streik. Wir hätten den Wahltag an die heutigen Verhältnisse zu legen. Die Menschen seien nicht so, wie sie sich im Kopfe Bauersfelds darstellen. Damit habe man zu rechnen. Welcher Prozentsatz würde bei einer Bewegung folgen? Die Erziehung, die von außen hineingetragen werde, können wir nicht brauchen. Nach einer kleinen Auseinandersetzung zwischen Bauersfeld und Kosznapp erhielt Kollege Döblin das Schlusswort. Er könne Bauersfeld nur sagen, daß es nicht an dem bösen Willen des Verbandsvorstandes liege, wenn wir nicht mehr erreichten. Es handle sich doch darum, was nach Lage der Verhältnisse zu erreichen sei. Bisher habe in unseren Reihen nur der nüchterne Weg den Erfolg gehabt. Gegen die Abschaffung des Berechnens hätten sich selbst die Kollegen im „Vorwärts“ mit Händen und Füßen gestraubt. Dann sei auch nicht zu vergehen, daß das Berechnen die Grundlage des Tarifes ist. Die gänzliche Beseitigung der Ueberstunden sei auch in den Parteidruckereien nicht möglich. Wir könnten nur für mögliche Einschränkung derselben eintreten. Zur Kritik des Jenaer Parteitages über die Gewerkschaften müßten wir uns das Recht wahren, dagegen Stellung zu nehmen; Weibels „Tobend“ habe er als Beispiel gewählt. Wir könnten doch nicht sagen, wir seien der Todfeind der heutigen Gesellschaft. Wir hätten die Aufgabe, uns mit dem Gegenwartsstaate abzufinden. Wenn man uns kritisiert, möge man uns das selbst gestatten. Der Wert unseres Tarifes bestiehe darin, daß er für ganz Deutschland gelte. Andere Maßregeln zu beschließen, sei leicht. Am Bremsen habe er kein Interesse. Die Kollegen zu erziehen, müsse Aufgabe jedes einzelnen sein, nicht des Vorstandes (Zuruf: „Corr.“). Er halte Mehrlingers Rede von den Arbeitervertretern auch für verfehlt; aber warum sollte sich A. nicht einmal verreinen. Er akzeptiere jeden Gedanken, der ausichtslos sei, er könne aber nicht mittun bei radikalen Vorschlägen. Eine Organisation, die eine große Zahl Invaliden habe, habe darauf Rücksicht zu nehmen und nicht Augenblicksimpulse zu folgen, sonst müsse man die Kassen abschaffen. Aber nach allen unseren Erfahrungen werde die Kollegenchaft bei der bisherigen Praxis verbleiben. Sein Standpunkt sei getragen von der Verantwortung. Dadurch würde unferseits der Fortschritt nicht gekümmert (Beifall). Zum Schluß gab Kollege Dreter Kenntnis von einem Schreiben der Metteure von Auer & Co zu der bekannten Maschinenfabrikangelegenheit, in welchem die Metteure sich gegen den Vorwurf der Kontrolle energisch verwehrten. Da inzwischen auch dieser Vorwurf im „Corr.“ zurückgenommen wurde, ist wohl endlich diese leidige Maschinenfabrikangelegenheit erledigt.

München. (Maschinenmeister.) Nach einer kurzen Pause während der Sommermonate hielt der Verein am 15. Oktober seine sehr zahlreiche bejuchte Monatsversammlung ab. Nachdem das Ableben des Kollegen Ketter in der üblichen Weise geehrt war, hielt Kollege W. Ullermann einen sehr lehrreichen und interessanten Vortrag über „Herstellung und Behandlung der Walze“. Dem Referenten sei auch an dieser Stelle der Dank des Vereins zum Ausdruck gebracht. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Besprechung des Zirkulars Nr. 14 der Zentral-Kommission. Der Vorsitzende B. Ernst erklärte in kurzen Zügen die Hauptpunkte desselben und begrüßte es, daß von der Verbandskassa 3000 Mk., also ungefähr die Hälfte der Kosten, zum Kongresse beigetragen werden. Mit der vorgeschlagenen Verminderung der Delegiertenzahl ist der Verein bedingt einverstanden; die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Gaue befindet er jedoch als eine ungerechte. Besonders Bayern ist dabei sehr steinmütlich behandelt, wenn man bedenkt, daß ein ganzes Land nur vier Delegierte, während einzelne Städte (wie Berlin und Leipzig) sechs und fünf Delegierte erhalten sollen. Der Münchener Verein, der sich doch zu den größeren und ältesten zählen kann, beansprucht zwei Delegierte. Aus der lebhaften Diskussion ging hervor, daß die Herabminderung der Delegiertenzahl von 85 auf 60 zu befürworten sei, jedoch sollte die Verteilung derselben eine gerechtere sein. Die Versammlung ersuchte den Ausschuss dahin zu wirken, daß dies dementsprechend geändert wird und verlange, daß Bayern sechs Delegierte erhält. Unter „Zehniges“ wurde noch beschlossen, für einen Vereinsbriefkopf ein Preisaus schreiben unter den Mitgliedern zu veranstalten; es wurden hierfür 30 Mk. für Preise genehmigt. Darauf fanden noch einige interne Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung.

Wien. (Zur Tarifrevision.) Am 24. Oktober traten im Saale der Handels- und Gewerbekammer die Delegierten der Prinzipale und Gehilfen zur Beratung des Tarifes zusammen. Die Konferenz wurde vom Vorsitzenden des Tarifamtes, Herrn Friedrich Jäpper, mit dem Wunsch nach Erlangung einer für beide Teile befriedigenden Vereinbarung eröffnet. Ausgenommen das Kronland Schlefien, für welches nur der Gehilfendelegierte erschienen war, nahmen von sämtlichen Kronländern die beiderseitigen Delegierten an der Konferenz teil. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Herr Kornel Engel und Kollege Karl Krunert betraut, worauf nach Abwidelung der geschäftlichen Formalitäten in die Beratung der Vorlage eingegangen wurde. Im Verlaufe der Verhandlungen gelang es, über die meisten Punkte eine Einigung zu erzielen. Bezüglich der Hauptforderungen der Gehilfenkassa — Minimum, Tageslohn, Arbeitszeit und Klassen-einteilung — ergab sich die Notwendigkeit, dieselben gemeinsam in Verhandlung zu ziehen. Da sich jedoch hinsichtlich der Klasseneinteilung verschiedener Druckorte äußerst schwer überwindbare Differenzen zeigten, wurde beschlossen, die Verhandlungen auf die Dauer von zwei Wochen zu vertagen und in der Zwischenzeit auf Beseitigung der Differenzpunkte hinzuwirken. Der Wiederauftritt der Konferenz erfolgt am 13. November.

Rundschau.

Der Streik bei Haun & Sohn in Reichenbach i. B. ist verloren gegangen, wie der „Typ.“ schreibt. Wir bedauern dieses Resultat, denn es fällt wieder in etwas, wenn auch nur vorübergehend, den Standpunkt der tarifgemässigen Prinzipale und sichert zum andern dem Geldschrante der reichen Gebr. Haun die Summen, die nach Recht und Billigkeit in unserm Gewerbe in die Taschen der dort beschäftigten gewesenen Gehilfen fließen müßten. Aber noch aus einem andern Grunde dünkt uns dieser Ausgang bedauerlich. Es waren nämlich auch vier Verbandsmitglieder als Arbeitswillige eingepfunden. Handelte es sich auch um junge, aus kleinen Provinzorten gekommene Kollegen, und gelang es auch, sie sofort wieder aus der Haun'schen Arbeitswilligenkolonie herauszuziehen, so muß uns die geschehene Tatsache doch mit großer Betrübnis erfüllen. Das um so mehr, als doch der „Corr.“ es wahrlich nicht an der nötigen Aufklärung hat fehlen lassen. Wir haben den Konflikt unter den „Verbandsnachrichtern“ bekanntgegeben, er ist zweimal in der „Korrespondenz“ behandelt worden und in sieben Rundschamnotizen sind die einzelnen Wafen dieses partiellen Aufstandes geschildert worden. Mehr konnte wohl nicht geschehen. Wenn trotzdem die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen ist, daß vier Mitglieder von diesem Streik nichts wußten, so haben wir den Beweis, wie schlecht der „Corr.“ gelesen wird, wie wenig die fast allwöchentlichen Aufforderungen beachtet werden, sich unter allen Umständen vor Annahme einer Kondition bei dem zuständigen Vorstände zu erkundigen, und wie mangelhaft im allgemeinen bei Konflikt die Kontrolle der sich bei den Ortskassieren und Vertrauensleuten Abmelnden ist darüber, wohin dieselben reifen. In allen diesen Beziehungen muß unbedingt eine Aenderung eintreten, dann kann es auch keine Ausrede der Unwissenheit geben, dann heißt es einfach: Hinaus! Um das Interesse derjenigen zu befriedigen, die wissen möchten, welche „Buchdrucker“ es fertig bringen, sogar unter Verhältnissen wie bei Haun & Sohn zu arbeiten, sollen die Namen derselben auf unserer „Chrentafel“ Verzeichnung finden: Seher Franz Kluge (Vater), Hermann Kluge (Sohn), Richard Leucht, Otto

Freihof, Max Böhme und Notationsmaschinenmeister Salomon Wip; eingepfunden: Seher Wilhelm Stein aus Burgörner-Waldorf, Otto Albert Durger aus Plauen, Wilhelm Wirth aus Kulmbach, Hugo Bösch aus Jossen, Hugo Karl Brummer aus Vottenhof (bei Querfurt) und Drucker Paul Pinkert aus Großenhain. Dieser letztere hat einem Steinbruder (nicht Seher, wie wir in Nr. 125 auf Grund falscher Information schrieben), erstinstanzlich zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Der Seher Durger aus Plauen verschaffte, wie ebenfalls schon berichtet, zwei ausländischen Gutenbergsbildern einen Strafhaftbefehl wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung. Da die Beklagten ganz selbstverständlich mit dieser einzigen Art summarischer Beurteilung nicht einverstanden waren, so legten sie Berufung gegen den fonderbaren Strafbefehl ein und erzielten in der kontradiktorischen Verhandlung ihre Freisprechung. Alles in allem lehrt dieser Reichenbacher Fall (auch der von Kirchfeld in Leipzig), daß die Aufklärungsarbeit in den kleinen Druckorten durch die Gau-, Bezirks- und Ortsvorstände noch lange nicht in der intensiven Weise betrieben wird, die solche Vorformnisse unmöglich macht. Möge der Ausgang des Streiks in der Reichenbacher Untertafel-druckerei deshalb die Mahnung sein, nach der Richtung alles zu tun und nichts zu unterlassen!

Aufklärung über die in Kemnath (Bayern) erfolgte Verhaftung zweier reisenden Verbandsmitglieder wegen Landstreicherei hat sich der Kollege Gg. Enfer in Schwabach von dem zuständigen Bezirksamte in Neuenburg a. B. unter Ueberbringung der betreffenden Nummer des Verbandsorgans erbeten und auch erhalten. Danach wären die betreffenden beiden Mitglieder nicht wegen Landstreicherei, sondern wegen Bettelns verhaftet und abgeurteilt. Wir besprachen den Fall in Nr. 114, haben aber seitdem nichts wieder darüber vernommen. Sind die beiden Kollegen demnach selbst an dem ihnen widerfahrenen Schicksal schuld — der bekannte bayerische Ministerialerlaß schließt unsere arbeitslosen und reisenden Kollegen ja nur vor der Verfolgung wegen Landstreicherei —, weil sie sich beim „Fechten“ erwidern ließen, so ist uns doch noch manches an dem Vorgange unklar, namentlich die rigoros zu nennende Fesselung der Verhafteten. Vielleicht äußert sich auch der bayerische Gauvorstand einmal in der Angelegenheit.

Die Vergebung der städtischen Druckarbeiten nur an Tariffirmen forderte der Ortsverein Detmold unsers Verbandes. Der Magistrat hat sich dieser Eingabe gegenüber auf dem Standpunkt gestellt, daß die Befreiungen der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker wohl anzuerkennen seien, ein Beschluß in dieser Angelegenheit aber nicht gefaßt werden könne. Die Stadtverordnetenversammlung trat leider dieser Meinung bei. Ob es sich nicht empfehlen würde, alle im Laufe der Jahre von staatlichen und städtischen Behörden auf solche Petitionen ergangenen günstigen Entschiede dem Tariffirme mitzuteilen, damit dieses ein vollständiges Verzeichnis zusammenstellen und Interessenten zur Verfügung stellen kann? Wir glauben, es käme eine recht stattliche Anzahl von Anerkennungen unserer Tarifgemeinschaft durch Behörden zusammen. Wenn auf diese Weise die Eingaben eine ziffernmäßige Unterstützung finden würden, so dürften sie jedenfalls eine nachhaltigere Sprache für die befordrlichen Organe führen, die sich aus oft unperthäbigen Gründen nicht dazu entschließen können, einer sozialpolitischen Notwendigkeit Folge zu geben. Da diese Anregung gewißlich keinen Schaden anrichten kann, so dürfte ihr hoffentlich durch eine allgemeine Information des Tariffamtes entsprochen werden, und zwar auch über zurückliegende Fälle.

Konturseröffnung: Buchdruckerei Haase & Voetmann in Bittau.

Druckschriftenbeschlagnahmen kamen im dritten Vierteljahre in Deutschland 59 vor. Sie erstreckten sich auf Bücher, Zeitungen, Karten, Flugblätter, Bilder und wurden meistens wegen unzüchtigen Inhaltes vorgenommen.

Sprechende Postkarten werden jetzt von einem großen Berliner Warenhause verkauft, die in ein Grammophon gesteckt ein Lied oder ein Orchesterstück zum besten geben. Die Herstellung dieser Postkarten geschieht in folgender Weise: Die Aufnahmen, die auf einem gewöhnlichen Phonographen einfacher Art gemacht werden können, erfolgen mittels eines Stiles mit einer Capfrippe. Der Karton oder die Karte wird mit einer Substanz, die man „Sonorine“ nennt, bestrichen, und in diese Schicht ritt oder drückt die Spitze des Stiles die Tonzeichen ein. Der Sonorinefilm besitzt genug Widerstandsfähigkeit, um die Postbeförderung aushalten zu können. Die Töne werden in einer Spirale eingeschrieben, die an der Außenseite der Karte beginnt und in einem kleinen Kreis von der Größe etwa eines Pennnigs endigt. Die Tonzeichen werden so tief eingedrückt, daß durch die zwei Poststempel, Aufgabes- und Empfangsort, nur je zwei oder drei Silben verloren gehen.

Die Gewerbegerichtsverfahren in Königsberg haben ebenfalls nach dem Proportionalwahlsysteme stattgefunden. Die freien Gewerkschaften brachten es auf 19, die Christlichen usw. auf zwei Sitze. Bezeichnend ist es, daß auf der Liste der letztern Richtung sich sieben Streikbrecher befanden.

Die Reichstagserversammlung ist nun offiziell auf den 28. November angesetzt worden. Die Gineauschiebung des Eröffnungstermines wird auf die noch nicht erzielte Verständigung über die Steuerreform zurückgeführt.

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 128. — Sonnabend den 4. November 1905.

Vorschau aus dem Hauptblatte.

Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht fanden in Wien vor dem Parlamentsgebäude und vor der Hofburg statt bei einer Beteiligung von etwa 50000 Personen. Auch in Brüssel, Lemberg, Krakau, Prag, Triest demonstrierte die Arbeiterchaft zu dem gleichen Zwecke.

Das Jahr 1905 kann nunmehr den berühmten Jahren 1789, 1830 und 1848 würdig angereiht werden: die russische Revolution hat das Selbstherrschertum zerschmettert! Nachdem ganz Rußland ein einziger Revolutionsbrand geworden, nachdem selbst Heer und Marine ins Bantzen gekommen waren, hat der zum Ministerpräsidenten ernannte Graf Witte dem Zaren plausibel zu machen vermocht, daß es nun um Kopf und Kragen geht, er also nachgeben müsse. Und Wäterschuch troch zu Kreuze, erließ ein Manifest, in dem Press- und Versammlungsfreiheit, umfangreichere Wahlberechtigung zu den Duma-wahlen versprochen und das autokratische Regierungssystem preisgegeben wurde. Die breite Volksmasse aber erklärt sich damit nicht zufrieden, sondern verlangt das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht, eine allgemeine Immunität, sowie Beschränkung der Polizei- und Militärgewalt. Vor allen Dingen traut das Volk den gegebenen Versprechungen nicht, die Großfürstentümer bejährt ja auch den Zaren, sein Wort nicht zu halten. Die Großfürsten und der jetzt gegangene Robodnoszew sind ja auch die Schürer der Revolution, die namentlich in den Süsteprovinzen — noch ungeschwächt andauert, weshalb auch die Zeitungen nur spärlich erscheinen. In Finnland ist der politische Generalstreik überhaupt erst jetzt zum Ausbruch gekommen und alles still gelegt. Eine besondere Forderung ist hier die Zurückziehung der Genarmen, die in einzelnen Orten schon zur Entwertung gezwungen wurden. Die Wahlrechtskämpfe in Deutschland genossen zweifellos einen großartigen Anschauungsunterricht und auch für russische Reigungen sind die russischen Vorgänge ein Menetekel.

Zur öffentlichen Unsicherheit auf den Straßen Berlins führt nachgerade die Streikpostenjagd der dortigen Polizei. Wir konnten vor einiger Zeit mitteilen, daß die Wölfsbilde der Reichshauptstadt einen Redakteur der „Berliner Morgenpost“ mit einem Mandate wegen Streikpostenlebens beschlagnahmt. Jetzt ist ein Kontrollleur der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf einem Dienstgange trotz allen Protestierens von Schuppleuten sistiert worden, weil ihn sein Weg in eine Straße führte, wo in zwei Betrieben gestreikt wurde. Auf der Wache stellte sich dann alsbald heraus, daß der verhaftete Schupplemann keinen widerspenstigen Streikposten eingebracht hatte, sondern einen in Ausübung seines Amtes tätigen Krankenkassenkontrollleur. Wegen die Sistierung soll Beschwerde erhoben werden, hoffentlich fällt sie recht scharf aus und empfehlenswert wäre, nach ihrer Austragung die Beschwerde nochmals eingehend in der Öffentlichkeit zu behandeln. Willst du nicht das dem polizeilichen Uebereifer einen gehörigen Dämpfer aufsetzen.

Auch Bülow hat gesprochen! Der Reichskanzler hat nun doch die Oberbürgermeister von Berlin, Dresden, Karlsruhe, Straßburg, München und Stuttgart als Vertreter des deutschen Städtetages in Sachen der Fleischnot empfangen. Was er auf die Ausführungen des Berliner Staboberhauptes antwortete, war ein Cieranz in tabellarischer Vorführung. Er verkenne keinen Augenblick, daß eine ungerechtfertigte Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu einer Bedrängnis weiter Volkstheile führen könne. Zugabe sei eine zum Teile erhebliche Steigerung der Viehpreise, namentlich für Schweine. Es frage sich, ob diese Verteuerung auf Viehmangel im Inlande oder auf andere Ursachen zurückzuführen sei. Seiner Meinung nach ständen die Preise in den Markttorten in keinem Verhältnis zu den Stallpreisen, auch nicht die des Großhandels zum Kleinhandel; es würden ungerechtfertigte Aufschläge vom Zwischenhandel erhoben. Sollten Fleischmangel und zu hohe Fleischpreise festgestellt werden, so meinte in aller Unschuld der Fürst Bülow, so frage es sich weiter, ob die Lesung der Grenzen ein taugliches Mittel sei, und ob sie ohne Gefahr der Seucheneinführung möglich wäre. Dieses versuchte Schredmittel mußte dann in Bülow's Ausführungen noch recht oft herhalten. Er als Reichskanzler habe auch nicht das Recht, den einzelnen Landesregierungen in der Viehpreise oder dem Erlasse von Abwehrmaßnahmen gegen Seuchengefahren aus dem Auslande vorzugreifen. Wie der württembergische Minister des Innern aber bereits erklärte, wären nicht die Einzelstaaten, sondern nur das Reich befugt, hier die notwendigen Maßnahmen anzuordnen. Man scheint — oder man will! — in Berlin also nicht einmal seine Kompetenzen zu kennen. Bülow will mit den Bundesregierungen betreffs der Gleichstellungen an den Grenzen dann in gemeinsame Beratungen eintreten, wenn er die Ueberzeugung gewonnen habe, daß solche Gleichstellungen möglich und gewinnbringend wären, vorläufig fehlten aber dazu die Voraussetzungen!! Tiefe sehr starke

Leistung Bülow's, wonach also der Fleischwucher gerechtfertigt wäre, findet ihre Krönung in der Versicherung, daß, so lange er verantwortlicher Minister sei, der deutsche Viehbestand durch einseitige Maßnahmen nicht gefährdet werde; er werde jede Schädigung von der Landwirtschaft fernhalten. Also die feierliche Festhaltung, daß sich Bülow mit Haut und Haaren den Agariern verschrieben hat. Zum Schluß empfiehlt er den Städten, nach dem Wiener Beispiele in der gegenwärtigen kritischen Lage die Fleischversorgung selbst in die Hand zu nehmen, die preussische Regierung werde solche Unternehmungen unterstützen. Die Städtevertreter vertraten einmütig die gegenteilige Meinung unter Darlegung des nötigen Beweismaterials. Bülow aber hatte selbst auf das Verlangen, die zulässigen Einfuhrkontingente doch in ihrer vollen Höhe freizugeben, nur das unerbittliche Versprechen, er werde mit den zuständigen Stellen darüber in ernsthafte Erwägungen treten. Man spielt in Berlin also weiter mit dem Feuer, bis es auch bei uns einmal heißt: Zu spät!

In Sachen der Aussperrung der Textilarbeiter in Mitteldeutschland ist heute nur zu berichten, daß die Vorarbeiter in den Meeraner Webereien, die nicht ausgesperrt wurden, in einen Sympathiestreit für die Aussperrten eintreten. Aus Greiz wird gemeldet, daß der Vorstand der christlichen Textilarbeitergewerkschaft auffordert, zu den von den Fabrikanten angebotenen Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Man hat also an der Kölner Blamage noch nicht genug. — Ähnlich wie die Schiffenichtmaschinenbesitzer in Plauen haben auch die Milchbauern in Mittenbach (Vogau) um höhere Bezahlung gestreikt. Die in Betracht kommende große Käsefabrik, welche im letzten Geschäftsjahre 18 Proz. Dividende verteilte, mußte nachgeben und den verlangten halben Pfennig für den Liter mehr bezahlen. — Die Berliner Kohler, welche vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichtes für tarifbrüchig erklärt wurden, wogegen aber von diesen Arbeitern entschieden protestiert wird, beschloßen, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die meisten Berufs-genossen schon zu den verlangten Bedingungen arbeiten. Ein neuer Tarifvertrag soll nicht wieder eingegangen werden.

Die böhmischen Eisenbahner erklärten auf den staatlichen und den Privatbahnen den Ausstand.

Gestorben.

In Berlin am 16. September der Seherinvalid Wolf Sittenfeld, 89 Jahre alt — Altersschwäche; am 20. September der Seherinvalid Moriz Haberland aus Dresden, 78 Jahre alt — Schlaganfall.

In Dabos am 20. Oktober der Profurist der Dr. Haasch'schen Hofbuchdruckerei in Mannheim Julius Scholl, 32 Jahre alt.

In Malmö am 30. September der Buchdruckerbesitzer C. S. Lundgren, 41 Jahre alt.

In Bant am 22. Oktober der Drucker Philipp Vogel aus Heidelberg, 28 Jahre alt — verunglückt.

In Halberstadt am 25. Oktober der Druckerinvalid Hermann Frastky, 79 Jahre alt.

Griechkasten.

Nach Kassel: Solche Anfragen können Sie sich von Ihrem Gehilfenvertreter beantworten lassen, da dieser die örtliche Sachlage besser kennt als wir. Warum wenden Sie sich nicht an Ihren Vorstand? — W. M. in Star-gard: Ein Verbandskasten muß vorhanden sein. — R. Sch. in Nürnberg: Da müssen Sie sich schon bei dem Bauverwalter Karl Rie in Stuttgart, Jakobstraße 16, erkundigen, ein Stuttgarter Adressbuch ist nicht in unserm Besitze. — H. O. in Düsseldorf: Sendung mit Dank erhalten. Legen Material zurück, rechnen aber darauf, daß Sie uns zur gegebenen Zeit sofort von dem Ausgange unterrichten. Die Personalnotiz ist nicht verwendbar. — D. S. in Berlin: Einfach unmöglich, da nur in den allerdringenden Fällen und wenn ein höheres Verbandsinteresse vorliegt, Ausnahmen gemacht werden können. — H. D. in Berlin: 3,55 Mk. — L. M. in Landsküt: 3,55 Mk. — A. B. in Oldenburg: 1,55 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chamissohof 5, III.

Krassdorf. Der Seher Albin Ebert, welcher ohne Buch hier abgereist ist, wird hierdurch ersucht, sich innerhalb 14 Tagen beim Kassierer Verth. Gräser zu melden, worüberfalls Auschluss beantragt wird.

Dortmund. Der Seher Jean Jakob aus Heidelberg wird gebeten, seinen Aufenthaltsort an den Kassierer Anton Kessler, Bergmannstraße 5, bekanntzugeben.

Limburg (Rahn). Die verehrl. Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Adresse des Sehers Paul Kretschmer aus Sonnenburg (Neumark) an den Vorstehenden Jos. Franke gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen.

Annaberg. Vorstehender: Alfred Lorenz, Kleine Kirchgasse 5.

Biebrich a. Rh. Vorstehender: Heinrich Krauth, Frankfurterstraße 31; Kassierer: Friedrich Rlyne, Karlsstraße 5.

Weizen. Kassierer: Josef Pietich, Fischergasse 6.

Memmingen. Vorstehender: Hermann Endrich; Kassierer: Edmund Fuß.

Neufals a. O. Vorstehender und Kassierer: Rudolf Uhlrandt, Breslauerstraße 5, I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Blankenburg der Seher Karl Stille, geb. in Blankenburg 1887, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Hadmerleben der Seher Karl Müller, geb. in Halberstadt 1886, ausgl. in Hadmerleben 1904; war noch nicht Mitglied. — In Thale der Seher August Müller, geb. in Klein-Wanzleben 1886, ausgl. in Schönebeck a. E. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Wernigerode der Seher Friedrich Weuse, geb. in Bismheim-Harzburg 1870, ausgl. in Wernigerode 1888; war schon Mitglied. — Heinrich Krue in Halberstadt, hinter der Münze 17.

In Chemnitz der Seher Georg Kormeier, geb. in Gabeln 1875, ausgl. in Gabeln 1895; war schon Mitglied. — In Elfeld der Seher Emil Karl Krause, geb. in Widdershain 1887, ausgl. in Geringswalde 1905; war noch nicht Mitglied. — In Geringswalde der Seher August Rauch, geb. in Weizewarte 1875, ausgl. in Wittenberg 1893; war noch nicht Mitglied. — In Oßernau der Seher Arthur Schnert, geb. in Heidelberg 1886, ausgl. in Glauchau 1905; war noch nicht Mitglied. — In Plauen der Seher Karl August Tröger, geb. in Auerbach 1875, ausgl. daf. 1894; war noch nicht Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In Dessau der Seher 1. Wilt Meier, geb. in Halle a. S. 1883, ausgl. daf. 1901; 2. Karl Müller, geb. in Dessau 1887, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Albert Müller, Dageimstraße 7.

In Dortmund der Drucker Josef Kelling, geb. in Hirschbach 1883, ausgl. in Münster i. W. 1900; war schon Mitglied. — Aug. Schippers, Braunschweigerstraße 27.

In Essen 1. der Stereotypenverh. Helmich, geb. in Reddinghausen 1883, ausgl. daf. 1902; 2. der Seher August Hoff, geb. in Montjoie 1886, ausgl. daf. 1904; 3. der Drucker Hermann Ruff, geb. in Warendorf 1883, ausgl. daf. 1901; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 4. August Chaise, geb. in Dorsten i. W. 1872, ausgl. daf. 1891; 5. Nikolaus Lennarz, geb. in Eschweiler 1881, ausgl. in Siegburg 1901; waren schon Mitglieder. — Otto Kraus, Kastanienallee 92.

In Weg 1. der Drucker Friedrich Berner, geb. in Erier 1882, ausgl. in Brühl (Rheg), Erier 1900; 2. der Seher Josef Krautmann, geb. in Weiskirchen (Ungarn) 1885, ausgl. daf. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — H. Götten, Gutfraße 1618.

Arbeitslosenunterstützung.

Breslau. Allen hier durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß sie vom Gewerkschaftsamt für ein Nachtquartier in der Zentralwerkstatt eine Schlafmarke im Werte von 25 Pf. erhalten. Die Marken werden in unserm Bureau ausgegeben.

Hamburg. Für den Seher Emil Helms liegt ein Brief aus Uelzen beim Verwalter H. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40.

Memmingen. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung für Ausgehende und Nichtbezugsberechtigte erfolgt im Vereinslokale „Zum Zwingler“.

Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands.

Zu unsrer Anregung im Rundschreiben Nr. 14 bezüglich Reduzierung der Kongreßdelegierten haben bis jetzt erst 41 Vereine sich geäußert. Um den sämtlichen Vereinen Mitteilung über den Stand der Angelegenheit machen zu können, ist es notwendig, daß die noch ausstehenden Vereine uns umgehend ihre Stellungnahme in dieser Frage mitteilen. Wir nehmen von denjenigen Vereinen, die bis 11. November sich nicht geäußert haben, an, daß dieselben mit dem Vorschlage der Kommission sich einverstanden erklären. — Die Anzahl der benötigten Fragebogen zur Statistik muß uns ebenfalls bis zu obigem Termine mitgeteilt sein. Die laufenden Beiträge sind umgehend an den Kassierer einzufenden. H. A.: Franz Kräfte, Berlin N 58, Lydener Str. 123, IV.

Marburg. Bezirksversammlung Sonntag den 5. November, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant D. Jesberg.

Münster i. W. Versammlung heute Samstag den 4. November, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslofale.

Nathenow. Versammlung heute Sonnabend den 4. November, abends 7/9 Uhr, bei Zbie, Sägersstraße 25.

Niedorf-Grüb. Generalversammlung Sonntag den 5. November, nachmittags 2 Uhr.

Neßth. Versammlung Sonntag den 5. November, vormittags 11 Uhr, im Restaurant Fr. Behrens, Garbrätersstraße 4.

Weimar. Versammlung heute Sonnabend im Vereinslofale.

— Maschinenmeisterversammlung Sonntag den 5. November, vormittags 10 Uhr, im Vereinslofale Restaurant „Krommweh“, Rößstraße.

Zwickau. Versammlung heute Sonnabend den 4. November, abends 7/9 Uhr, im Vereinslofale „Befehdere“.

Verlag von Radessi & Hille in Leipzig.